LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
16. Wahlperiode

Drucksache 16/3984
23. 09. 2014

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 78. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 25. September 2014

1. Abgeordnete Astrid Schmitt, Hans Jürgen Noss und Michael Hüttner (SPD)

Rheinland-Pfalz-Takt 2015

Vor wenigen Tagen wurde das Zukunftskonzept Rheinland-Pfalz-Takt 2015 für den rheinland-pfälzischen Nahverkehr der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche wesentlichen Maßnahmen enthält das Zukunftskonzept Rheinland-Pfalz-Takt 2015 für den rheinland-pfälzischen Nahverkehr?
2. Welche Verbesserungen beinhalten diese Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz z. B. im Bereich der Berufspendler?
3. Welche weiteren Schritte hin zu einer modernen, die verschiedenen Verkehrsträger ineinander verzahnenden Verkehrspolitik plant die Landesregierung?

2. Abgeordnete Dr. Adolf Weiland und Gerd Schreiner (CDU)

Äußerungen der Ministerpräsidentin zur Schuldenbremse

Die Ministerpräsidentin wird in einem Zeitungsinterview vom 3. September mit dem Satz zitiert: „Wir dürfen in Deutschland auch nicht nur in Schuldenbremsenkategorien denken“.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Hält die Ministerpräsidentin es für notwendig, die Schuldenbremse neu zu verhandeln, um bestimmte Aufgaben des Staates zu finanzieren?
2. An welche möglichen Korrekturen des Grundgesetzes oder der Landesverfassung denkt die Ministerpräsidentin dabei?
3. Auf welche Weise sollten nach Auffassung der Ministerpräsidentin die von ihr in diesem Interview genannten wichtigen staatlichen Aufgaben wie Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Innovation, Breitbandausbau und digitale Revolution finanziert werden?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Ministerpräsidentin, durch den Abbau von Schulden und Zinsverpflichtungen neue Gestaltungsräume für die staatlichen Haushalte zu gewinnen?

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 24. September 2014

3. Abgeordnete Andreas Hartenfels, Anna Neuhof und Dietmar Johnen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutscher Naturschutztag in Mainz

Vom 8. bis 12. September 2014 fand im Kurfürstlichen Schloss der 32. Deutsche Naturschutztag statt. Rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten unter dem Motto "Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“ die aktuellen Anforderungen und Problemstellungen im Bereich des Natur- und Artenschutzes.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was sind die wesentlichen Ergebnisse des 32. Deutschen Naturschutztages in Mainz?
2. Welche Handlungsfelder können als besondere Herausforderung für die konkrete Ausgestaltung des Natur- und Artenschutzes in Rheinland-Pfalz identifiziert werden?
3. Welchen besonderen Beitrag kann der in der Umsetzung befindliche Nationalpark Hunsrück-Hochwald leisten, um den Natur- und Artenschutz in Rheinland-Pfalz weiter zu entwickeln?
4. Wie können die Bemühungen um eine konsequente Sicherung der biologischen Vielfalt verstärkt werden, insbesondere vor dem Hintergrund der Ziele der CBD (Übereinkommen über die biologische Vielfalt), der EU-Strategie und der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt?

4. Abgeordneter Christian Baldauf (CDU)

Windkraft-Moratorium im Pfälzer Wald

Der Bezirkstag der Pfalz hat in diesem Jahr einen Beschluss verabschiedet, wonach zunächst im bisher windkraftfreien Pfälzer Wald vor der Genehmigung einzelner Standorte ein Moratorium durchgeführt wird.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Presseberichterstattung (z. B. Rheinpfalz vom 13. September 2014) frage ich die Landesregierung:

1. Stimmt die Landesregierung dem Bezirkstag der Pfalz zu, dass in Bezug auf die Windkraft im Pfälzer Wald zuerst ein Moratorium durchgeführt werden soll?
2. Falls nein, wie bewertet die Landesregierung den von beiden großen Parteien im Bezirkstag verabschiedeten Moratoriumsbeschluss?
3. Warum hat die Landesregierung – an einer Bürgerbeteiligung vorbei – Kommunen eine Vorlage für Absichtserklärungen zur Errichtung von Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt?
4. Wie beteiligt die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden im Pfälzer Wald an den Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen?

5. Abgeordnete Kathrin Anklam-Trapp und Friederike Ebli (SPD)

Abschlussbericht Expertenforum Demenz

Seit 2003 setzt sich die Landesregierung für eine verbesserte Versorgung und gute Begleitung von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen ein. Im August 2013 wurde ein Expertenforum Demenz einberufen und beauftragt, Empfehlungen zu erarbeiten.

Laut aktueller Berichterstattung liegt nun der Abschlussbericht des Expertenforums der Landesregierung vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Menschen leben in Rheinland-Pfalz mit Demenz?
2. Wie setzt sich die Expertengruppe des Forums Demenz zusammen?
3. Wie kann das Angebot an Betreuung und Unterstützung in Rheinland-Pfalz verbessert werden, um die Lebensqualität von Menschen mit Demenz in allen Stadien der Erkrankung zu fördern?
4. Wie können die regionalen und überregionalen Beratungsangebote im Land weiter verbessert werden?

6. Abgeordnete Michael Wäschenbach und Dr. Peter Enders (CDU)

Begutachtungspraxis des MDK Rheinland-Pfalz und Aufsichtstätigkeit der Landesregierung

Die Begutachtungstätigkeit des MDK Rheinland-Pfalz ist auch Anfang September 2014 wieder Gegenstand von Medienberichten gewesen. Schwerpunkte sind Bestrebungen zu Begutachtungen nach Aktenlage und die Aufsichtspflicht des Landes.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum ist die Landesregierung angesichts der Aufsichtspflicht des Landes erst durch Medienberichte auf Bestrebungen aufmerksam geworden, eine Quote von Gutachten nach Aktenlage bei der Begutachtungstätigkeit des MDK Rheinland-Pfalz einzuführen?
2. Was ist der Landesregierung über Folgen und Bestrebungen nach verstärkter Begutachtung nach Aktenlage bekannt?
3. Warum hat die Landesregierung solche Bestrebungen nicht unmittelbar unterbunden?
4. Welche Konsequenzen hält die Landesregierung für die Rechtsaufsicht über den MDK Rheinland-Pfalz nach den Vorgängen um Begutachtungen nach Aktenlage für angebracht?

7. Abgeordnete Daniel Köbler, Dr. Dr. Rahim Schmitt, Jutta Blatzheim-Roegeler, Ulrich Steinbach und Pia Schellhammer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lärmpausen am Frankfurter Flughafen

Am 12. September 2014 hat der hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir Modelle vorgestellt, die siebenstündige „Lärmpausen“ für die Bürgerinnen und Bürger, die in den Kommunen um den Frankfurter Flughafen leben, realisieren sollen. Das Land Hessen hat angekündigt, diese konkreten Vorschläge nun in einem „konstruktiven Dialog“ vor der Umsetzung mit allen Beteiligten zu erörtern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kenntnis hat die Landesregierung von der Realisierbarkeit der verschiedenen Varianten für Lärmpausen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die unterschiedlichen Modelle mit Blick auf den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Fluglärm, insbesondere von Rheinhessen und Mainz?
3. Wie werden das Land Rheinland-Pfalz, die rheinland-pfälzischen Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger in dem angekündigten Dialogprozess beteiligt?
4. Wie werden die Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess beteiligt?
5. Für welche weiteren Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms setzt sich die Landesregierung ein?

8. Abgeordnete Barbara Schleicher-Rothmund, Ruth Leppla, Alexander Fuhr, Fritz Presl und Daniel Schäffner (SPD)

Entwicklung der Hochschulen in der Westpfalz (Technische Universität Kaiserslautern und Hochschule Kaiserlautern)

Angesichts des bevorstehenden Semesterbeginns fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Studierendenzahlen an den Hochschulen in der Region Westpfalz entwickelt?
2. Wie hat sich das Profil der Studiengänge an den betreffenden Hochschulen aus Sicht der Landesregierung entwickelt?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung der Drittmittel an den dortigen Hochschulen ein?
4. Wie haben sich die betreffenden Hochschulen regional vernetzt?

9. Abgeordnete Simone Huth-Haage und Hedi Thelen (CDU)

Ergebnisse des Ländermonitors frühkindliche Bildungssysteme

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Ländermonitors frühkindliche Bildungssysteme, dass die Gruppengrößen in Krippengruppen und Kindergartengruppen um rund 25 bis 30 Prozent über den empfohlenen Richtwerten bzw. im Fall der Kindergartengruppen über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer liegen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung diese Daten angesichts der Tatsache, dass prozentual gesehen in keinem anderen Bundesland so viele unter dreijährige Kinder wie in Rheinland-Pfalz Kindergartengruppen besuchen, die ein deutlich schlechteres Betreuungsverhältnis als Krippengruppen aufweisen?
3. Welchen Betreuungsschlüssel sieht die Landesregierung als empfehlenswert für die Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz an?
4. In welchem Zeitraum will die Landesregierung das Betreuungsverhältnis in den rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten verbessern?

10. Abgeordnete Michael Billen und Christine Schneider (CDU)

Nationalparkeröffnung Pfingstwochenende 2015

Die Landesregierung hat angekündigt, am Pfingstwochenende 2015 den Nationalpark Hunsrück-Hochwald zu eröffnen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kosten entstehen für das Land durch das geplante Fest zur Eröffnung des Nationalparks am Pfingstwochenende 2015?
2. Aus welchem Haushaltstitel werden die Mittel hierfür bereit gestellt?
3. Welche Rolle haben die einzelnen Regierungsmitglieder im Programm des Festes zur Nationalparkeröffnung?
4. Welche weiteren Programmelemente sind vorgesehen?

11. Abgeordnete Thorsten Wehner und Wolfgang Schwarz (SPD)

Schäden im Weinanbau durch die Kirschessigfliege

Die Gefahr von Schäden durch die Kirschessigfliege insbesondere für den Weinanbau ist in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz außerordentlich hoch.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die aktuelle Bedrohungslage durch die Kirschessigfliege für den Weinanbau in Rheinland-Pfalz ein?
2. Welche Maßnahmen sind ergriffen worden um gegen die drohenden Schäden durch die Kirschessigfliege im Weinanbau vorzugehen?
3. Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig, um Schäden durch die Kirschessigfliege für den Weinanbau in Rheinland-Pfalz nachhaltig zu verhindern?

12. Abgeordnete Ulrich Steinbach und Jutta Blatzheim-Roegler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einstweilige Verfügung gegen Fahrdienstvermittler Uber

Das Landgericht Frankfurt am Main hat am 25. August 2014 gegen den Fahrdienstvermittler Uber eine einstweilige Verfügung erlassen. Das Unternehmen darf demnach nicht mehr über seine App UberPop Fahrgäste an Fahrer ohne Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz vermitteln. Zuvor wurden bereits in Hamburg und Berlin die Aktivitäten von Uber verboten. Inzwischen hat das Landgericht Frankfurt gegen einen privaten Fahrer eine einstweilige Verfügung erlassen, der ohne Taxi-Lizenz von Uber vermittelte Fahrten angenommen hatte. Obwohl die einstweilige Verfügung am 17. September 2014 aufgrund einer fehlenden Eilbedürftigkeit wieder aufgehoben wurde, ist ein erneutes Verbot nicht auszuschließen. Nach Medienberichten hält das Landgericht Frankfurt das Verbot von der Sache her für rechtens.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, wonach Uber auch in Rheinland-Pfalz Fahrdienste vermittelt oder vermittelt hat?
2. Welche landes- und bundesgesetzlichen Grundlagen regeln die Erbringung von Fahrdiensten und -dienstleistungen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche rechtliche Abgrenzung besteht zwischen Uber als gewerbliches Unternehmen und konventionellen Mitfahrzentralen?
4. Sieht die Landesregierung angesichts des Auftretens von Fahrdienstvermittlern im Internet gesetzgeberischen Handlungsbedarf, wenn ja welchen?

13. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)

Stellenwert von Noten im Schulsystem

Nach Ankündigung der SPD-geführten Landesregierung in Schleswig-Holstein sollen dort die Noten in den Grundschulen abgeschafft werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung einen solchen Schritt vor dem Hintergrund der bundesweiten Vergleichbarkeit schulischer Leistungen?
2. Wie viele Grundschulen in Rheinland-Pfalz verzichten auch in der dritten Klasse auf die Notengebung (Angabe bitte im Verlauf der vergangenen vier Jahre darstellen)?
3. Inwieweit wird im Rahmen des vom Landtag beschlossenen Schulversuchs Selbstverantwortliche Schule in der Sekundarstufe I den Schulen ermöglicht, Noten durch den Verzicht auf Klassenwiederholung, Querversetzung und zusätzliche Verbalbeurteilungen in den Zeugnissen zu relativieren?
4. Plant die Landesregierung mittelfristig eine Übertragung der Ergebnisse des Schulversuchs Selbstverantwortliche Schule auf das gesamte Schulsystem?

14. Abgeordnete
Dr. Denis Alt und
Günther Ramsauer (SPD)

Wohnraumnachfrage in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung hat gemeinsam mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz und dem Bauforum Rheinland-Pfalz ein Gutachten zur quantitativen und qualitativen Wohnraumnachfrage in Rheinland-Pfalz beauftragt, das jüngst fertiggestellt worden ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was sind die Hauptergebnisse des Gutachtens aus Sicht der Landesregierung?
2. Welche aus diesen Ergebnissen gezogenen Handlungsempfehlungen betrachtet die Landesregierung als prioritär im Sinne einer Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum?
3. Hält die Landesregierung die in Rheinland-Pfalz bestehenden gesetzlichen Grundlagen und die von ihr geschaffenen Instrumente zur Wohnraumförderung für ausreichend, um diesen Prioritäten gerecht zu werden?

15. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Matthias Lammert (CDU)

Umgang mit radikalisierten islamischen Schülern

Jüngsten Berichten zufolge sinkt das Alter, in dem sich islamische Schüler radikalisieren bzw. Schüler sich erstmals dem Islam – in islamistischer Ausprägung – zuwenden. Zugleich rücken Schulen zunehmend in den Fokus islamistischer Vereinigungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Problematik des Islamismus an Schulen?
2. Existiert in Rheinland-Pfalz eine Handlungsanweisung, wie Schulleitungen und Lehrkräfte mit islamistischen Tendenzen im schulischen Alltag umzugehen haben?
3. Plant die Landesregierung vor dem Hintergrund dieser neuen Herausforderungen eine Überarbeitung des Leitfadens zum Umgang mit muslimischen Schülern?
4. Kann die Landesregierung ausschließen, dass Rheinland-Pfälzer, die in Syrien und Irak auf Seiten der IS kämpfen, nach ihrer Rückkehr noch im schulpflichtigen Alter sind?

16. Abgeordnete
Adolf Kessel und
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Steigende Antragszahlen auf Asyl

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Erstanträge auf Asyl wurden in absoluten und relativen Zahlen in diesem und dem vergangenen Jahr von Menschen aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien gestellt?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Asylkompromiss im Bundesrat?
3. Bis wann ist mit der Einrichtung einer dritten Erstaufnahmeeinrichtung in Rheinland-Pfalz zu rechnen?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um für Asylsuchende angemessenen Wohnraum in den Kommunen gewährleisten zu können?

17. Abgeordnete Christian Baldauf und Arnold Schmitt (CDU)

Aussagen vor dem Deutschen Naturschutztag in Mainz zur Bedeutung des Naturschutzes vor dem Hintergrund der Mainzer Regierungspolitik

Der 32. Deutsche Naturschutztag hat vom 8. bis 11. September 2014 in Mainz stattgefunden unter dem Motto „Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist sich die Landesregierung bewusst, dass sie die auf dem Deutschen Naturschutztag vertretene Auffassung der Bundesumweltministerin, Naturschutz nicht isoliert zu betrachten, sondern ihn in Politikbereichen wie der Energiewende mitzudenken, mit ihrer Politik zum unkontrollierten Ausbau der Windenergie in Waldgebieten konterkariert?
2. Warum lehnt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Forderung der Bundesumweltministerin das von der CDU-Fraktion aktuell verlangte Moratorium für den Ausbau der Windenergie im Pfälzer Wald ab, obwohl es von verschiedenen Naturschutzverbänden und dem Bündnis „Energiewende für Mensch und Natur“ mit vertreten wird?
3. Wie vereinbart die Landesregierung den von Umweltministerin Höfken auf dem Deutschen Naturschutztag landespolitisch vertretenen Anspruch auf einen naturverträglichen Ausbau der Windkraft in Rheinland-Pfalz mit ihrer Ausübung von Druck auf aktuell pfälzische Gemeinden, die Pläne der Landesregierung zum Ausbau der Windenergie speziell im Pfälzer Wald zu unterstützen?

18. Abgeordnete Hedi Thelen und Michael Wäschenbach (CDU)

Haltung der Landesregierung zur Freigabe von Marihuana

Nach aktuellen Presseberichten von Anfang September 2014 hat die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, die Legalisierung von Marihuana gefordert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zur Legalisierung von Marihuana?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die gesundheitlichen Folgen einer Legalisierung von Marihuana?
3. Inwieweit vertreten Regierungsmitglieder die Forderung nach einer Legalisierung von Marihuana?
4. Inwieweit tritt die Landesregierung Forderungen nach einer Legalisierung von Marihuana entgegen?

19. Abgeordnete Bettina Dickes und Martin Brandl (CDU)

Jüngste Äußerungen der Ministerpräsidentin zum Thema Inklusion

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Meinung, dass sich die Gymnasien für geistig behinderte Schüler öffnen müssen?
2. Stimmt die Landesregierung zu, dass die Aufnahme geistig behinderter Schüler an Gymnasium die Abschaffung des zielgleichen Unterrichts, allgemein verbindlicher Lehrpläne sowie die Aussetzung der Benotung bzw. der Klassenwiederholung zur Voraussetzung macht?
3. Wie ist es zu verstehen, dass die Landesregierung eine Kostenbeteiligung des Bundes bei der Inklusion fordert und Frau Dreyer „Inklusion einen riesigen finanziellen Kraftakt“ bezeichnet, gleichzeitig jedoch bei der Kostenrechnung für die zugehörige Schulgesetznovelle mit keinen zusätzlichen Kosten über die bereits veranschlagten Ausgabentitel des Landeshaushaltes rechnet?
4. Wenn Ministerpräsidentin Dreyer die schulische Inklusion als einen „riesigen finanziellen Kraftakt“ bezeichnet, mit welchen aufwachsenden Kosten rechnet die Landesregierung in den kommenden vier Jahren unter der Annahme einer Steigerung der Inklusionsquote wie in den vergangenen vier Jahren?